

Christiane F. oder von der scheinbaren Naturwüchsigkeit von Armut, Verelendung und Chancenlosigkeit durch illegalisierten Drogenkonsum

Befragt man Kinder und Jugendliche zu den Gründen, die gegen den Konsum illegalisierter Drogen sprechen, gehören das Abrutschen in ein Außenseitermilieu, Ausgrenzung sowie finanzielle und gesundheitliche Verelendung zu den Ängsten, die am häufigsten genannt werden /vgl. Kappler et al. 1999, S. 323/.

Diese Antworten können nicht wirklich verwundern. Sie erklären sich zum einen daraus, dass die eindringliche Auseinandersetzung mit Schicksalen wie dem der Kinder vom Bahnhof Zoo häufig im Rahmen einer Suchtprävention inszeniert wird, mit denen die Gesellschaft Zusammenhänge rund um den Konsum von Cannabis, Kokain, Heroin, LSD und anderen illegalisierten Stoffen darstellt. Zum anderen spiegeln Jugendliche in ihren Antworten die Bilder wider, die in unserer Gesellschaft vorrangig und durch keinen Zweifel gebrochen mit illegalisierten Drogen assoziiert werden. Dazu gehört das von den Medien immer wieder aufgegriffene Klischee von der FixerIn in Bahnhofstoiletten. Gerade in Metropolen wie z. B. Hamburg, Frankfurt und Berlin werden die Vorstellungen von einem Leben mit illegalisierten Drogen auch durch sporadische Begegnungen mit einer extremen Gruppe von DrogenkonsumentInnen geformt, die zudem für alle deutlich sichtbar in der Öffentlichkeit lebt. Schließlich wird selbst unter ExpertInnen eine massive physische, psychische und soziale Verelendung zu einem der wesentlichsten Merkmale von Abhängigkeit erhoben /vgl. Diagnosekriterien des ICD-10 für Abhängigkeit/.

Kaum durch andere Wahrnehmungsbilder korrigiert konnten sich so simplifizierende Vorstellungen zu den Zusammenhängen zwischen illegalisiertem Drogenkonsum und Armut durchsetzen, die bis heute kaum hinterfragt halten. Untersetzt mit dem Modell der Drogenkarriere erscheinen Armut, Verelendung und Chancenlosigkeit nunmehr als Automatismen, die selbstverständlich, quasi naturgegeben mit dem Konsum bestimmter Substanzen verbunden sind und deren Zustandekommen keiner weiteren Erklärung bedarf. Die Absurdität eines substanzbezogenen Denkens, nach dem allein der Umgang mit einer Substanz solche komplexen sozialen Phänomene auslösen würde, wird selten erkannt. Diese zu enttarnen bedeutet, einseitige Wahrnehmungsmuster für den Umgang mit illegalisierten Drogen zu durchbrechen, Mythen zu beseitigen und sich die Mühe aufzubürden, komplexeren Phänomenen nachzugehen. In der Folge müsste die Alltagstheorie von der Unmöglichkeit eines sozialverträglichen Umganges mit illegalisierten Drogen zumindest relativiert und damit auf wesentliche Abschreckungsszenarien, die die Gesellschaft nach wie vor benutzt, um den Umgang mit diesen Substanzen zu verhindern, verzichtet werden. Im Folgenden sollen erste kleine Schritte in diese Richtung zur Diskussion gestellt werden.

Illegalisierter Drogenkonsum – Plädoyer für eine Differenzierung nach Konsummustern und sozialem Status der Konsumierenden

Zaghafte und wohl am deutlichsten aus dem Bereich der Jugendhilfe wird darauf verwiesen, dass illegalisierter Drogenkonsum kein Alles-oder-nichts-Phänomen ist, für das es nur Abstinenz oder Abhängigkeit geben könne. Je genauer hingeschaut wird, um so deutlicher kann wahrgenommen werden, dass auch illegalisierte Drogen auf sehr unterschiedliche Weise in das Leben integriert werden. Viele DrogengebraucherInnen schaffen es, ihren Opiat- und/oder Kokaingebrauch auf

einem Niveau zu halten, das unterhalb einer physischen Abhängigkeitsschwelle liegt. Sie leben dadurch mit ihrem Drogenkonsum relativ unauffällig in der Gesellschaft: Es wird geschätzt, dass nur ein Drittel von ihnen, dann zumeist als verelendete FixerInnen in den Zusammenhängen der Straßenszene für die Gesellschaft sichtbar wird (vgl. Gözl 1995, S. 200f).

Selbst eine physische Drogenabhängigkeit muss nicht folgerichtig sozialen Abstieg und Verelendung nach sich ziehen. Genaues Hinsehen ist nötig um zu erkennen, dass nicht jede physische Drogenabhängigkeit für die KonsumentInnen soweit außer Kontrolle gerät, dass sie sich ihrer Fähigkeiten berauben, in wesentlichen sozialen Bezügen integriert zu bleiben. Insbesondere ein grosser Teil der substituierten Drogenabhängigen stellt mit seiner erfolgreichen Reintegration in Ausbildung und Berufstätigkeit sowie mit dem gegliederten Aufbau und der Entwicklung von Partnerschafts- und Familienbeziehungen unter Beweis, dass unter bestimmten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Realisierung hochgeschätzter gesellschaftlicher Leistungserwartungen mit einer Drogenabhängigkeit durchaus vereinbar ist.

Wenig beachtet bleibt oft auch, dass Armut und Chancenlosigkeit durch illegalisierten Drogenkonsum nicht allein Folge bestimmter Konsummuster sind, sondern sich auch geprägt von den gewählten Drogen und dem sozialen Status der KonsumentInnen entwickeln: Unter den geschätzten etwa vier Millionen CannabisgebraucherInnen in Deutschland bilden beispielsweise KonsumentInnen, die ursächlich durch extremen Haschischkonsum verelenden, eine seltene Ausnahme. Der Heroin- und Kokainkonsum in ökonomisch, sozial, kulturell und politisch gut situierten Schichten der Gesellschaft wird eher im Ausnahmefall publik; die überdurchschnittlichen sozialen Ressourcen der High-Society reichen in der Regel aus, um Prozesse der Verarmung durch illegalisierten Drogenkonsum nicht zum Tragen kommen zu lassen und Hilfe- und Unterstützungsbedarf rechtzeitig und diskret in Anspruch nehmen zu können.

Erkennbar wird, dass substanzfixierte Denkmuster auch in diesen Bezügen keine zufriedenstellenden Erklärungen anbieten. Werden die Ursachen der Verarmung des sichtbaren Teils illegalisierter DrogenkonsumentInnen immer nur im abhängigen Konsum überteuerter Drogen gesehen, die nur auf dem Schwarzmarkt zu beschaffen sind, bleibt ausgeblendet, dass neben spezifischen suchtdynamischen Entwicklungen auch die geschaffenen politischen und sozialen Rahmenbedingungen des Drogenkonsums in erheblichem Umfang an Verelendungsprozessen beteiligt sind. Ändert man seine Wahrnehmung lassen sich folgerichtig auch Ansatzpunkte finden, damit durch ein verändertes sozial-, jugend- und drogenpolitisches Vorgehen Verelendungsprozesse gar nicht oder nicht in dieser Schärfe entstehen.

Der Beginn sogenannter klassischer Drogenkarrieren – eine Herausforderung an eine vernetzte Jugend- und Drogenhilfe

In welcher Art und Weise und mit welcher Dynamik sich sozial auffälliger illegalisierter Drogenkonsum und direkt damit verbundene Verelendungsprozesse etablieren können, hängt wesentlich von Fähigkeiten und Kompetenzen der KonsumentIn sowie von deren sozialen, finanziellen und kulturellen Ressourcen ab. Diese gestalten sich in Abhängigkeit vom Lebensalter, in welchem der Einstieg in den illegalisierten Drogenkonsum erfolgt, und von der Zugehörigkeit zur sozialen Schicht unterschiedlich. Beides prägt die mit dem illegalisierten Drogenkonsum angestoßenen Verelendungsprozesse grundlegend.

Alle in Deutschland verfügbaren epidemiologischen Studien verweisen darauf, dass das Probieren, Experimentieren und Konsumieren illegalisierter Substanzen ein Jugendphänomen ist: Wenn auch

je nach Art der Droge geringfügige Unterschiede bestehen, so hat sich das Einstiegsalter für den Umgang mit illegalisierten Drogen seit 1997 etwa bei 16-17 Jahren eingependelt. Viele Jugendliche reduzieren oder beenden ihren Konsum wieder zwischen dem 21.-24. Lebensjahr und damit zu einer Zeit, in der sie Leistungsanforderungen übernehmen, die an Erwachsene gestellt werden /vgl. BzGA 2001, S. 57ff/. Damit erfolgen im Alter zwischen 15 und 21 Jahren wesentliche Weichenstellungen dafür, wieweit es Jugendlichen gelingt, den anspruchsvollen Prozess des integrierten und genussorientierten Umgangs mit illegalisierten Substanzen zu meistern, problematische Umgangsweisen zu vermeiden oder aber erfolgreich so zu bewältigen, dass sich daraus nicht langfristig wirkende, ggf. sich aufschaukelnde Zusammenhänge entwickeln, denen die Betroffenen dann oft ein Leben lang ausgeliefert sind.

Die Tatsache, dass die Zugehörigkeit sozial auffälliger DrogenkonsumentInnen zu unterprivilegierten Schichten der Gesellschaft gegenwärtig stärker ausgeprägt ist als noch vor zehn Jahren, verweist darauf, dass ein erhebliches Maß an sozialer Ungleichheit in bezug auf die Chancen einer erfolgreichen Bewältigung dieser jugendlichen Entwicklungsaufgabe entstanden ist. Auf diese muss sowohl von Seiten der Jugendhilfe als auch durch das Drogenhilfesystem mit verstärkten und gezielten Hilfe- und Unterstützungsleistungen reagiert werden. Dies setzt jedoch Rahmenbedingungen mit einem politischen Willen voraus, soziale Ungleichheit durch zusätzliche soziale Anstrengungen auszugleichen. Ziel muss sein zu verhindern, dass sich mit dem biographisch frühen Einstieg und der Herkunft der Jugendlichen aus unterprivilegierten Gruppen zwei Faktoren verquickeln, die die weitere Entwicklung illegalisierter DrogenkonsumentInnen ungünstig beeinflussen und sich zu perpetuierenden Effekten formieren.

Das jugendliche Alter der KonsumentInnen wird in mehrfacher Weise zu einem Katalysator dramatischer Entwicklungen. Mädchen und Jungen, die im frühen Jugendalter mit Heroin, Kokain und anderen Drogen experimentieren, verfügen in der Regel noch nicht über ausreichende interpersonelle Ressourcen, um den voraussetzungsreichen Prozess der Entwicklung eines sozial unauffälligen illegalisierten Drogenkonsums erfolgreich zu bewältigen. Peer-Group-Effekte, mangelndes Vermögen über sich selbst und bestimmte soziale Situationen ausreichend und kritisch reflektieren zu können, unzureichende Selbstwahrnehmung und Selbsterfahrung, wenig entwickelte Kompetenzen für Risikomanagement, mangelnde Genussfähigkeit u. ä. können dazu führen, dass sich aus Grenzüberschreitungen, die das Lernen des Gebrauchs von Drogen im allgemeinen begleiten, schnell Phasen eines weitgehend unkontrollierten und exzessiven Drogenkonsums entwickeln können.

Familiäre Ressourcen und sachgerechte Interventionen durch Bezugspersonen der Jugendlichen können erheblich dazu beitragen, derartige Krisensituationen zu meistern. Dort wo tragfähige und potente familiäre Netzwerke jedoch nicht existieren oder aber im Zuge des altersgerechten Strebens nach Ablösung vom Elternhaus durch die Jugendlichen nicht angenommen werden, bleiben die betroffenen Jugendlichen mit ihren Hilfebedürfnissen allein.

In diesen Problemsituationen könnten angemessene soziale Unterstützungsangebote dringend notwendige Hilfeleistungen bieten. Allerdings sind weder das Jugend- noch das Drogenhilfesystem für solche Anforderungen gerüstet. Tendenzen der Tabuisierung jugendlichen Konsums illegalisierter Drogen sorgen bis heute dafür, dass weder in der Schule noch im Jugendfreizeitbereich und auch nicht im Jugendhilfesystem auf diese Facette jugendlichen Verhaltens angemessen eingegangen wird. Während mit abstinenzorientierten Angebote der Primärprävention die aktuellen Problemlagen der Jugendlichen nicht aufgegriffen werden können, herrscht große Unsicherheit in bezug auf Handlungsmöglichkeiten, Konzepte und Zuständigkeiten sekundärpräventiver Unterstützungsleistungen für drogenkonsumierende Jugendliche. Vorsichtig wird dieser Bereich

sozialer Arbeit sowohl vom Jugend- als auch vom Drogenbereich gerade erst ertastet; ungeklärt sind die dafür jeweils notwendigen Kompetenzen und damit auch die Zuständigkeiten. Deshalb fehlen weitgehend Modelle, Auseinandersetzungen zu und auch Lernmöglichkeiten für den Umgang mit illegalisierten Drogen. Mit einer radikalen Durchsetzung von Forderungen nach Drogenfreiheit sorgt das Jugendhilfesystem eher dafür, dass drogenkonsumierende Jugendliche aus diesen Räumen ausgegrenzt und in der Folge auch mit ihren Hilfebedürfnissen abgewiesen werden - also auf sich selbst gestellt bleiben.

Exzessive und wenig kontrollierte Formen des Drogenkonsums erschweren, verzögern oder verhindern jedoch fast immer auch die Bewältigung anderer jugendlicher Entwicklungsaufgaben. Auf diese Weise kann Drogenkonsum zu einem sich aufschaukelnden biographischen Einschnitt werden, durch den sich immer wieder Zukunftsperspektiven und Chancen verstellen.

Vielfach sind daran sowohl Reaktionen des sozialen Umfeldes als auch ungeeignete Strategien der Jugendlichen selbst beteiligt: Allgemein unterliegen Jugendliche stärker als Erwachsene der sozialen Kontrolle, Jugendlichen aus unterprivilegierten sozialen Gruppen gilt dabei nochmals besondere Aufmerksamkeit. Die Instanzen der sozialen Kontrolle für Jugendliche (Schule, Jugendeinrichtungen, Jugendfürsorge, Polizei, Justiz) reagieren vergleichsweise früh, vor allem aber sanktionierend auf abweichendes jugendliches Konsumverhalten. Das Erkennen und Bearbeiten der Hintergründe für diese Verhaltensweisen gerät dabei viel zu oft aus dem Blick bzw. wird dadurch direkt torpediert. Wenn beispielsweise das Aufdecken der Tatsache, dass illegalisierte Drogen konsumiert werden, ausschließlich mit disziplinarischen Konsequenzen bis zum Schulausschluss geahndet wird, ist damit ausschließlich ein Exempel an demjenigen statuiert worden, der "erwischt" wurde. Weder der darin involvierten Peer-Group, erst recht nicht der betroffenen SchülerIn ist bei der Bearbeitung der eigentlichen Problemsituation geholfen.

Vorliegende empirische Untersuchungen zu den Versorgungsbedürfnissen von drogenkonsumierenden Jugendlichen belegen, dass Jugendliche ihren Drogenkonsum selbst weniger problematisieren. Sie äußern vielmehr, dass sie eher Hilfe und Unterstützung bei der Bewältigung anderer jugendlicher Entwicklungsaufgaben (Schule, Beziehungsklärung mit den Eltern, Stellung in der Peer-group) benötigen (vgl. Schmidt, Broekman 2001, S. 519). Vor dem Hintergrund ihres eigenen Erfahrungshorizontes erkennen Jugendliche offensichtlich selbst, dass misslungene Phasen des Umgangs mit Drogen - darunter auch illegalisierten - nicht aus dem Gesamtzusammenhang ihrer Lebenssituation gerissen und im weiteren separat betrachtet und behandelt werden können. Die in diesen Urteilen deutlich werdende Ablösung von einem substanzfixiertem Denken sollte beeindruckend und ernst genommen werden.

Das Jugendhilfesystem, das sich all zu oft drogenkonsumierender Jugendlichen in einem noch dazu mehr disziplinarisch angelegten Verweis an der Drogenhilfesystem entledigt und das mehr suchtherapeutisch konzipierte Drogenhilfesystem, in dem für die Bearbeitung der Spezifik jugendlicher Problemstellungen bisher kaum Raum ist - beide Hilfesysteme müssen sich fragen lassen, wieweit sie bereit und in der Lage sind, sich mit Methoden der Frühintervention für drogenkonsumierende Heranwachsende und Jugendlichen zu öffnen.

Als Folge eines Drogenkonsums, der aus der Kontrolle gerät, sinken nicht nur Leistungsmotivation, sondern auch Leistungsvermögen der SchülerInnen; letztlich wird die schulische Ausbildung schlecht oder gar nicht abgeschlossen. Mit diesen Voraussetzungen rückt auch die gewünschte Berufsausbildung in das Unerreichbare. Oft kann nur ein ungewünschter, meist aber gar kein Ausbildungsplatz erworben werden. Wenn eine berufliche Ausbildung aufgenommen wird, kollidiert der illegalisierte Drogenkonsum oftmals mit den dort gestellten Anforderungen, so dass die

berufliche Qualifikation problematisch verläuft und schlecht oder aber gar nicht abgeschlossen wird. Da gleichzeitig auch solche, für die Bewältigung von Berufsarbeit wichtigen sozialen Fähigkeiten wie Disziplin, Ausdauer, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit u. ä. nicht geübt und trainiert werden können, ergeben sich insgesamt schlechte Voraussetzungen, um eine Berufstätigkeit aufzunehmen und damit ökonomische Selbständigkeit zu erringen. Die nur begrenzt gegebenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt bzw. ein nicht gelingender Einstieg in eine Erwerbstätigkeit engen nicht nur die Möglichkeiten drogengebrauchender Jugendlicher ein, eine berufliche Karriere zu beginnen und sich ein eigenes legales Einkommen zu sichern. Die Tatsache, dass das System der sozialen Sicherung in Deutschland in wesentlichen Teilen an Leistungen gebunden ist, die im Rahmen von Erwerbstätigkeit zu erbringende sind, führt zugleich dazu, dass drogengebrauchende Jugendliche zu wichtigen aktuell und zukünftig relevanten Versorgungsbereichen keinen Zugang erhalten (Leistungen des Arbeitsamtes, Rentenversicherungssysteme, Krankenversicherung) und in anderen nur Ansprüche in Höhe des Existenzminimums (Sozialhilfe) realisieren können. Wie zentral die oben beschriebenen Zusammenhänge für das Zustandekommen problematischer drogenbezogener Biographien sind, verdeutlichen diverse Studien, die immer wieder den großen Anteil von Betroffenen ohne Berufsabschluss dokumentieren. Unter Berliner Substituierten hatten beispielsweise 1993 nur 46% einen Berufsabschluss /vgl. Barsch 1995, S. 60/.

Mit dieser Konstellation stellen sich wiederum Weichen für die Möglichkeiten einer zukünftigen Lebensgestaltung, die durch den sehr frühen Herausfall aus relevanten Leistungsbezügen der Gesellschaft bereits in Richtung Armut und Desintegration weisen. Wieder ist der Handlungsbedarf sozialer Unterstützungssysteme nicht zu übersehen.

Erfahrungen dazu, wie SchülerInnen mit unterschiedlich verursachten Schulproblemen wieder an den Schulbesuch herangeführt werden können, welche Unterstützung lernbeeinträchtigte SchülerInnen bei der Bewältigung der dort gestellten Anforderungen erhalten müssen, welche Zwischenschritte nötig sind, damit zu einem geeigneten Lehr- und Ausbildungsplatz gefunden wird, der neben der Möglichkeit von Erfolg, auch Identität und Selbstwertgefühl sowie ökonomische Unabhängigkeit eröffnet – zu all diesen zweifellos schwierigen Problemstellungen liegen Praxisbeispiele vor. Sie bestätigen, dass Konzepte für Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen durchaus erfolgversprechend sein können, aber auch personal- und damit kostenintensiv sind. Unter dem gegenwärtigen Kostendruck geraten leider gerade diese Unterstützungsleistungen ins Sparvisier. Gespart wird an der Qualifikation der MitarbeiterInnen, am zugebilligten Umfang der Leistungen und/oder an dem zugebilligten Zeitraum. Übersehen wird mit einer solchen Rotstiftpolitik, dass aus einem erfolgversprechenden Gesamtkonzept nicht willkürlich einzelne Leistungen herausgegriffen und „gekauft“ werden können, sich individuelle Entwicklungen nicht künstlich beschleunigen lassen und für bestimmte Jugendliche längere, andere und auch überdurchschnittliche Unterstützungsleistungen nötig sind, um Entwicklungen in Armut und Chancenlosigkeit zu verhindern.

Problematischer jugendlicher Drogenkonsum – ein ganzes Familiensystem braucht Unterstützung

Eine wesentliche Voraussetzung, die Entwicklung drogenbezogener Lebensstile, Desintegration und das Nichtbewältigen jugendspezifischer Entwicklungsaufgaben aufzuhalten oder zu verhindern, ist die Einbindung konsumierender Jugendlicher in konventionelle Lebensbezüge mit ausreichenden sozialen, finanziellen und kulturellen Ressourcen.

Diese Ressourcen sind in den Unterschichtgruppen der Gesellschaft oft ungünstiger strukturiert. Nicht nur die fehlenden finanziellen und materiellen Mittel und die daraus abgeleiteten Rahmen-

bedingungen, unter denen Interessen, Begabungen und Kreativität von Kindern und Jugendlichen entwickelt und Schwächen gezielt entgegen gearbeitet werden kann, benachteiligen Jugendliche aus ohnehin sozial unterprivilegierten bzw. Randgruppen. Auch die in einigen Familien vermittelte Wertigkeit zu Normen in Bezug auf Ausbildung und berufliche Entwicklung und dafür zu erbringende Aktivitäten, Leistungsmotivationen und Verzichtleistungen, die aus der Familie kommenden Anregungen für Freizeitgestaltungen und die Entwicklung von Lebensperspektiven vermitteln den Jugendlichen wenig Ressourcen, sich von dem Modell vorgelebter benachteiligter Lebensstile tatsächlich befreien zu können. Vielfach finden Jugendliche zwar zu einer Ablehnung oder kritischen Distanz zu den Lebensstilen ihrer Eltern, in der sie aber verbleiben, kaum zu realisierbaren Alternativen finden bzw. als Ausweg nur Flucht in Lebensbezüge sehen, die sie direkter in Chancenlosigkeit und Armut hineintreiben. Hier sind weitere Hilfen nötig.

In diese sensiblen Prozesse greifen die in der Gesellschaft für die jeweiligen sozialen Gruppen unterschiedlich entwickelte Sanktionsbereitschaft, daraus abgeleitet die stärkere soziale Kontrolle und die härteren Sanktionierungen sozial unterprivilegierter sozialer Gruppen beschleunigend ein und tragen zu einer forcierten Entwicklung abweichender Verhaltensweisen und damit sozialer Auffälligkeit bei. So können Kinder aus Mittelstandsfamilien eher damit rechnen, dass ihnen ein Fehlverhalten nachgesehen wird oder aber dessen Sanktionierung durch das Kommunikations- und Verhandlungsgeschick ihrer Eltern weniger heftig ausfällt. Anders bei Kindern, deren Eltern über einen weniger hohen sozialen Status verfügen und in die Auseinandersetzungen mit den Instanzen der sozialen Kontrolle weniger Kompetenzen und Hilfestellungen (z.B. Rechtsschutz) einbringen können und deshalb eher unterlegen sind.

Der Umgang mit Jugendlichen, die illegalisierte Drogen konsumieren, wird jedoch für das familiäre System zu einer Herausforderung, bei deren Bewältigung nicht allein Eltern aus benachteiligten sozialen Gruppen Fehler machen und daran für eine bestimmte Zeit auch scheitern. Die Entwicklung drogenbezogener Lebensstile kann beispielsweise auch Impulse erhalten, wenn mit Verweis auf sogenannte Leidensdrucktheorien drogengebrauchenden Jugendlichen vorhandene Unterstützungs- und Hilfeleistungen des sozialen Netzwerkes verwehrt werden. Wenngleich Abgrenzung und konsequentes Handeln des sozialen Umfeldes gegenüber drogenabhängigen Jugendlichen durchaus notwendige Strategien sind, um Familien und Freundesgruppen als System zu schützen, bedeutet der Abbruch aller sozialen Beziehungen, dass die Jugendlichen einem drogenbezogenen Umfeld und entsprechenden Situationen überlassen werden, die sie aus eigener Kraft nicht mit konformen Verhaltensweisen bewältigen können. Eltern und Angehörige bleiben über weite Strecken mit ihren Sorgen und ihrer Suche nach geeigneten Strategien für den schwierigen Balanceakt zwischen Abgrenzung zu und Unterstützungsleistung für ihre drogenkonsumierenden Kinder allein. Nicht nur, weil das Jugend- und Drogenhilfesystem kaum kontinuierliche Angebote für die mit betroffenen Angehörigen anbietet. Weit gravierender fällt ins Gewicht, dass die in der Bevölkerung und in ExpertInnenkreisen verbreiteten, eindimensionalen Klischees, nach denen der problematische Drogenkonsum Jugendlicher auf Defizite der Eltern, pathogene soziale Familienmilieus und in den Herkunftsfamilien verursachte Traumata zurückzuführen sei, bei mit betroffenen Eltern und Angehörigen massive Schuldgefühle entstehen lassen. Durch diese bleiben sie über lange Zeit handlungsunfähig oder wählen ungeeignete Handlungsstrategien: tabuisieren den Sachverhalt, dass ihre Kinder illegalisierte Drogen konsumieren, verweigern sich einer realistischen Wahrnehmung der Situation, agieren bei der Vertuschung von Sachverhalten aktiv mit, federn Konsequenzen ab, übernehmen paternalistisch Verantwortungen – kurz viele Eltern legen Verhaltensweisen an den Tag, die mit co-abhängigen Verhaltensmustern beschrieben werden können. Die massiven Schuldgefühle der

Eltern und die Furcht, diese durch andere immer wieder bestätigt zu erhalten, verhindern leider zugleich, dass sie frühzeitig Schritte aus ihren eigenen Ratlosigkeit heraus unternehmen, sich an ein professionelles Hilfesystem wenden oder sich über Selbsthilfeinitiativen gegenseitig ermutigen und stützen (vgl. Kneider 1997, S. 314f).

Deutlich wird, dass der Weg zu einer frühzeitigen, konstruktiven und damit hilfreichen Unterstützung für Eltern und Angehörige, die auf unmittelbare Weise auch den drogenkonsumierenden Jugendlichen zugute kommt, nicht daran vorbei führen kann, pauschale Vorurteile und Schuldzuweisungen, die sich auf mechanistische und monokausale Erklärungsansätze für das Zustandekommen von Drogenkonsum auch in seiner problematischen Form stützen, zu überwinden. Ein erstes Nachdenken sollte z.B. darüber erfolgen, ob für das Zustandekommen von illegalisiertem Drogenkonsum die Bedeutung von Entwicklungen in der Herkunftsfamilie möglicherweise über-, die Rolle von Peer-Groups dafür aber unterschätzt wird /vgl. Kandel 1978/.

Erst mit dem Hinfinden zu komplexeren Erklärungsversuchen für illegalisierten Drogenkonsum, die sich auch in verinnerlichten Haltungen der Professionellen widerspiegeln – eine wesentliche Voraussetzung, damit Angebote auch wirklich angenommen werden - kann und muss sich als ein zweiter Schritt auch ein verstärktes Nachdenken über geeignete Konzepte und Angebote für die Gruppe der mit betroffenen Eltern und Angehörigen anschließen. Wie dringlich die Hinwendung des Jugend- und Drogenhilfesystems zu diesen Aufgaben ist, wird wiederum an Studien zum Inanspruchnahme-Verhalten von Leistungen der Drogenhilfe durch Jugendliche deutlich: Sie zeigen, dass der Weg Jugendlicher zu professioneller Hilfe fast immer über Peer-Groups, Familie oder andere Bezugspersonen führt (vgl. Schmidt, Broekmann a.a.O., S. 520). Hier finden sich also wesentliche Ansatzpunkte, drogenbezogene Entwicklungen frühzeitig zu unterbrechen und ein Triften in Chancenlosigkeit und Armut zu verhindern.

Dennoch kann selbst eine intensive Einbindung drogengebrauchender Jugendlicher in intakte Familien- und Freundessysteme und eine empathische und emotional zugewandte Unterstützung und Hilfestellung nicht automatisch verhindern, dass Jugendliche ihr Leben phasenweise drogenbezogen gestalten und sich in massiven Verelendungsprozessen verstricken.

Entgegen herkömmlichen Erklärungsmustern ist davon auszugehen, dass für viele Jugendliche das Drogenverhalten nicht vordergründig probleminduziert ist, sondern der alterstypischen Suche nach identitätsstiftenden Ausdrucksformen und dem Bemühen um Ablösung vom Elternhaus in der Entwicklung des Jugendlichen entsprechen kann: Der beobachtete Lebensstil in drogengebrauchenden Peer-Groups und die dort vertretenen Wert- und Normvorstellungen besitzen durch ihre Distanz zu den gesellschaftlichen Wert- und Normsystemen für Jugendliche eine große Attraktivität. Insbesondere die Ablehnung von Leistungsprinzipien, das Propagieren einer sofortigen Bedürfnisbefriedigung durch ein "authentisches" Leben im "Hier und Jetzt" haben für Jugendliche, die subjektiv oder objektiv unter erheblichem Leistungsdruck stehen, eine hohe Attraktivität und können dazu motivieren, die für die Jugendphase typischen Bedürfnisse nach Ausbruch aus der gesellschaftlichen "Normalität" über Drogenkonsum zu realisieren. Aus diesen Zusammenhängen heraus erklärt sich, dass Interventionen aus den "normalen", weil konformen sozialen Bezugssystemen und von Instanzen der sozialen Kontrolle (Schule, Polizei, Justiz) die Einbindung drogengebrauchender Jugendlicher in Drogenszenebezüge und die Entwicklung drogenbezogener Lebensstile nicht immer verhindern können.

Dennoch ist an dieser Stelle die Frage zu stellen, ob Angebote, die dem Bedürfnis Jugendlicher nach Verselbständigung, gemeinschaftlichen Lebensformen und weniger konformen Lebensstilen entgegenkommen – zu denken ist an betreute Wohnformen, Werkstätten ggf. auch weitgehend selbstorganisierte Lebensgemeinschaften z.B. in Form von Wagedörfern – ob mit derartigen

Angeboten für Jugendliche Moratorien geschaffen werden können, mit denen sich Entwicklungen hin zu einer Fixierung des Lebensstils auf Drogen aufhalten bzw. abbrechen lassen. Ein Ziel dieser Angebote wäre, realistische und erreichbare Alternativen zu einem drogenbezogenen Lebensstil aufzuzeigen und für Jugendliche auch annehmbar werden zu lassen. Möglicherweise verlängern sich damit Zeiten, in denen jugendtypische Entwicklungen zu meistern sind. Die Voraussetzungen für deren spätere Bewältigung erscheint aus diesen Zusammenhängen heraus jedoch leichter, als aus komplexen Verstrickungen in einen drogenbezogenen Lebensstil, in dem sich alles auf die Beschaffung und den Konsum von Drogen, auf soziale Bezüge, in denen psychoaktive Substanzen eine schier ausschließliche Rolle in der Kommunikation, im Handeln, in der Identitätsbildung, in den Werte- und Normensystemen erhalten und die sowohl von anderen Bereichen der Gesellschaft ausgegrenzt werden, sich von diesen aber auch durch eigenes Handeln abkapseln.

Strafverfolgung des jugendlichen Drogenkonsums – ein zusätzlicher Risikofaktor

Ohne Zweifel werden mit der Entwicklung exzessiver und unkontrollierter Drogenkonsumphasen und der Einbindung in die sozialen Bezüge der Drogenszene bereits vorhandene nachteilige biographische Entwicklungslinien verstärkt und durch die Dynamik des abhängigen Drogenkonsums und des drogenbezogenen Lebensstils potenziert. Je weiter ein solcher Entwicklungsweg gegangen wird, umso mehr nachteilige physische, psychische und soziale Konsequenzen ergeben sich für den einzelnen. Diese stauen sich oft zu einem Bündel auf, das allein kaum noch auflösbar ist, das immer größere, oft den einzelnen überfordernde Anstrengungen zu deren Aufarbeitung braucht und schließlich auch Folgen hat, die sich nicht mehr tilgen lassen.

Ein Faktor, der die Konturen dieser Prozesse verschärft, ist der Zeitpunkt und der Umfang, mit dem auf den jugendlichen illegalisierten Drogenkonsum strafrechtlich reagiert wird. Je schneller Polizei und Justiz in diese Entwicklungsverläufe eingreifen, desto früher werden sogenannte "Normalbiographien" unterbrochen und desto mehr Defizite entstehen, die der eigenen ökonomischen Absicherung entgegenstehen und später oft nur mühsam oder gar nicht aufzuarbeiten sind. Die Palette von Sanktionen auf illegalisierten Drogenkonsum ist sehr weitreichend. Sie beginnt bereits beim Führerscheinentzug, mit dem in unserer Gesellschaft nicht nur entscheidend die Flexibilität und Mobilität des einzelnen beschränkt wird, sondern mit dem auch eine wesentliche Voraussetzung für viele Erwerbstätigkeiten entzogen wird. Der Entzug des Führerscheins in sozialen Situationen, in denen das Auffinden von Cannabis im Umfeld eines Fahrers, der selbst nicht konsumiert hat, Grund genug ist, verdeutlicht im übrigen die Absicht, eher disziplinierend als präventiv zu wirken.

Zu einem neuen disziplinarischen Instrument entwickeln sich gegenwärtig Drogenscreenings bei Einstellungsuntersuchungen, in denen die Betroffenen unter dem Druck der Umstände zugleich der Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht zustimmen und sich damit um die Erfolgsaussichten bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bringen. Auch auf diese Weise wird disziplinierend und ausgrenzend in bezug auf illegalisierten Drogenkonsum gewirkt, obwohl auch hier keine Schlüsse über die Beeinträchtigung des Arbeitsverhaltens durch privaten Freizeitgebrauch zulässig sind.

Polizeiliche Ermittlungsverfahren wegen illegalisierten Drogenbesitzes ziehen bei ihrem Bekanntwerden oftmals zusätzliche Sanktionen in Bereichen nach sich, in denen Jugendliche leben und lernen. Aktenkundige Strafen, Schulverweise oder die disziplinarische Beendigung von Lehr- und Ausbildungsverhältnissen können drogenkonsumierende Jugendliche erheblich stigmatisieren und ihre Zukunftschancen behindern, ohne das ihnen bei ihren eigentlichen Problemlagen geholfen wäre.

Die härteste Sanktion ist die Freiheitsstrafe, die in bestimmten Konstellationen bei Btm-Delikten relativ schnell droht. Verbüßt in Haftanstalten, in denen realistischer Weise davon auszugehen ist, dass hier alle illegalisierten Drogen verfügbar sind, aber nochmals übersteuert erhandelt werden müssen; dass hier nochmals andere Modelle zu abweichenden sozialen Normen und Werten vermittelt werden und schließlich unter dem nochmals verschärften Verfolgungsdruck auch zusätzliche Impulse gegeben sind, auf riskantere Konsumformen umzusteigen, führt auch diese Sanktion eher zu einer neuen Qualität drogenbezogenen Lebens als davon wertvolle Entwicklungsimpulse für die Biographie des einzelnen auszugehen vermögen.

Armut, Ausgrenzung und Chancenlosigkeit bei illegalisiertem Drogenkonsum – keine folgerichtigen Zusammenhänge

Aus dem oben Dargelegten dürfte deutlich geworden sein, dass sich die Zusammenhänge von illegalisiertem Drogenkonsum, Armut und Ausgrenzung, denen man in der Praxis immer wieder und unübersehbar begegnet, aus sehr unterschiedlichen Bezügen speisen. Wenn sich jugendliche DrogenkonsumentInnen in diesen Fallstricken verfangen, dann kann dies nicht allein als das persönliche Versagen der Betroffenen gewertet werden.

Substanzfixiertes Denken, nach dem der Konsum illegalisierter Drogen zu einer Abhängigkeit führe, zu der als Krankheitssymptom naturgemäß und quasi automatisch Armut, Chancenlosigkeit und Ausgrenzung gehörten, übersehen die Komplexität des Geschehens. Mehr oder weniger gewollt werden damit zugleich die verpassten Chancen und die benennbare Mitverantwortung anderer übersehen. Wer genau hinschaut, kann die Augen nicht davor verschließen, dass bis zu dem Punkt, an dem sich Phänomene von illegalisiertem Drogenkonsum, Chancenlosigkeit und Armut in einer jugendliche Biographie verquicken, viele andere Institutionen versagt haben - dass am Zustandekommen des Bündels von Benachteiligungen viele durch ihr Tun, die meisten aber durch ihr Nichtstun beteiligt sind.

Jugend- und Drogenhilfe stehen als Systeme sozialer Unterstützung und Hilfe unter besonderem Handlungsdruck. Die Tatsache, dass die wenigen Angebote für drogenkonsumierende Kinder und Jugendliche in der Zielgruppe kaum gekannt und von ihr nur mangelhaft tatsächlich in Anspruch genommen werden (vgl. Schmidt, Broekmann a.a.O. S. 16f), setzt ein deutliches Zeichen.

Allerdings wäre es viel zu kurz, die Schuld an gegenwärtigen Mängeln bei der Unterstützung jugendlicher DrogenkonsumentInnen allein den Hilfesystemen zuzuschreiben. Ohne ausdrücklichen sozial-, jugend- und drogenpolitischen Willen, sich bietende Chancen nutzen zu wollen, um problematische jugendliche Entwicklungen tatsächlich, auch durch den Einsatz höherer finanzieller Mittel zu unterbrechen, können die potentiellen Ressourcen eines modernen Jugend- und Drogenhilfesystem nicht erschlossen werden.

Literatur:

Barsch, G.: Vorstellungen, Möglichkeiten und Grenzen Berliner substituierter Drogengebraucher zur Integration in eine Erwerbstätigkeit. In: Stöver, H. (Hrsg.): Arbeit, Ausbildung und Qualifikation für Drogengebraucher in Substitutionsbehandlung, AIDS-Forum, Schriftenreihe der Deutschen AIDS-Hilfe, Band XIX, S. 43-72

BzGA (Hrsg.): Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2001, Köln 2001

Dilling, H.W., Mombou, M., Schmidt, H.: Internationale Klassifikation psychischer Störungen. 2. Auflage. Huber, Bern 1993

Kandel, D.: Homophily, selection and socialisation in adolescent friendship. Amer J. Sociol 84 (1978), S. 427-436

Kappeler, M., Barsch, G., Gaffron, K., Hayner, E., Leinen, P., Ulbricht, S.: Jugendliche und Drogen – Ergebnisse einer Längsschnittuntersuchung in Ost-Berlin nach der Maueröffnung. Opladen 1999

Kneider, H.: Neue Sichtweisen in der Elternarbeit. In: akzept e.V. (Hrsg.): DrogenVisionen – Zukunftswerksatt für eine innovative Drogenpolitik und Drogenhilfe, Berlin 1997, S. 311-316

Schmidt, B., Broekman, A.: Unterstützungsleistungen für drogenkonsumierende Jugendliche: Mitmachen und gewinnen? In: neue praxis 5(2001), S. 514- 522